

Björn Harmening

Sparpakete

und andere Dinge,
die wir uns schenken können!



Ascia in Silva eBooks

-Streitschriften-

„Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“, mit dieser Floskel überschreibt die schwarzgelbe Bundesregierung ihr Ergebnispapier zur Klausurtagung, das am 8. Juni 2010 herausgegeben wurde und als Erläuterung für das Acht-Punkte-Sparpaket „*Solide Finanzen, neues Wachstum und Beschäftigung und Vorfahrt für Bildung*“ dient. Allein diese Überschriften sind angesichts der Inhalte des Papiers schon mit so viel (unfreiwilligem?) Zynismus versehen, daß die angeblichen Absichten ad absurdum geführt werden.

Es ist vollkommen absurd anzunehmen, daß weitere Kaufkraftschwächung derjenigen Schichten, die einen Großteil ihrer Einkünfte wieder ausgeben, weil ihnen nichts zum Sparen übrigbleibt, dazu führen soll, daß Wachstum generiert wird. Ebenso absurd und zynisch ist es, die Chance auf Wohlstand, sozialem Zusammenhalt und Sicherheit für alle vorzuspiegeln und gleichzeitig ein dermaßen ungerechtes, unsoziales und ungleich verteiltes „Spar“programm aufzulegen, das zunächst in der Tat nur die ärmsten Schichten unserer Gesellschaft trifft. Und es ist vollkommen absurd zu glauben, daß man die aufgrund einer völlig falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik andauernd ansteigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte durch weitere Sozialkürzungen (gespart wird ja in Wahrheit gar nichts) in den Griff bekommt.

Betrachtet man nur allein die einleitenden Begründungen für das Paket, findet man Widersprüche und Fraglichkeiten in rauen Mengen. Das geht bereits im zweiten Absatz los. Dort wird dargestellt, daß Deutschland in seiner Geschichte schon mehrmals die negativen Folgen von Geldentwertung mit dem Verlust von Privatvermögen und Arbeitsplätzen verspürt hätte. Gemeint ist damit offensichtlich z. B. die galoppierende Inflation Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts in Folge der Weltwirtschaftskrise mit Millionen von Arbeitslosen, die aufgrund fehlender sozialer Sicherungsmaßnahmen in eine wirklich hoffnungslose Armut fielen. Letztendlich hat die damalige verfehlte Sozialpolitik der Weimarer Republik mit zur Radikalisierung der politischen Gesamtlage und den bekannten Folgen des Faschismus und des Krieges geführt. Im Übrigen war der Verlust des Arbeitsplatzes – gestern wie heute – existenzbedrohender für die Betroffenen, als der Verlust von Vermögensteilen ande-

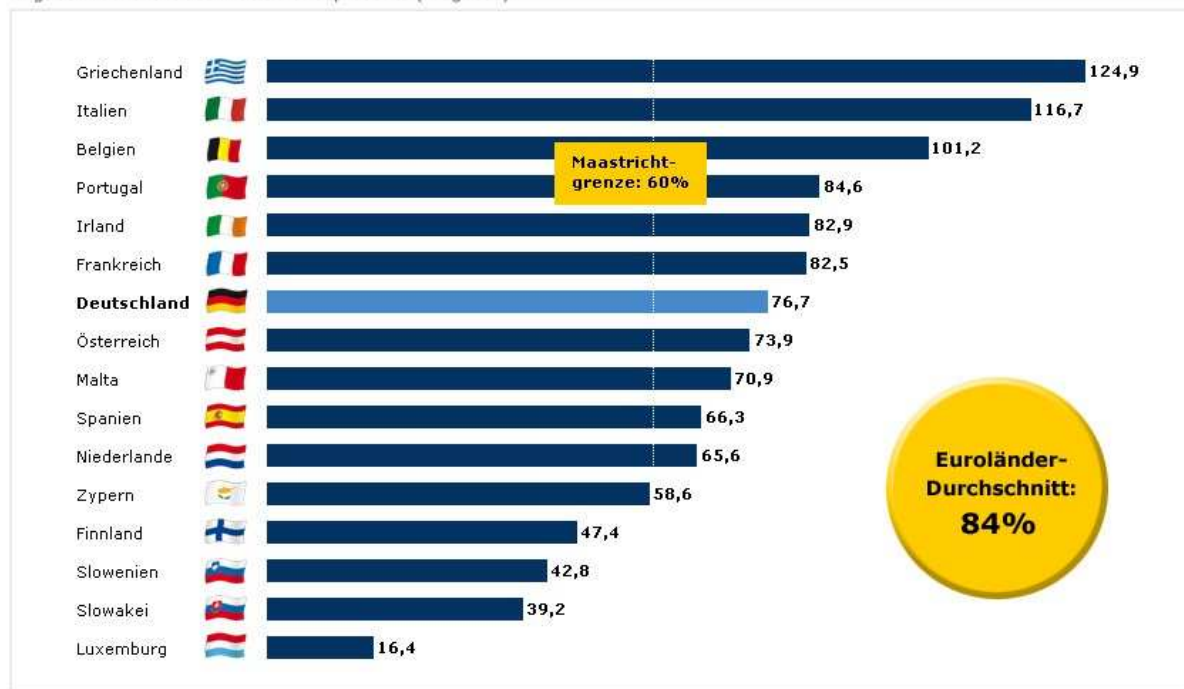
rer gesellschaftlicher Schichten; das nur am Rande bemerkt. Der Hinweis der Bundesregierung zielt aber als hinkender Vergleich auf die gefährdete Stabilität der Währung Euro und der drohenden Staatspleitenkrisen in Griechenland, Spanien, Italien und anderen EU-Staaten (siehe Text „Nekropolis“, B. Harmening). Nur sind dies keine Folgen von „*Leben von der Substanz*“, wie die Bundesregierung schreibt und dabei vor allem wieder den „ausufernden Sozialstaat“ meint – sondern es sind die Folgen einer vollkommen enthemmten weil deregulierten Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Spekulationen gegen ganze Volkswirtschaften und weltweit aufgeblähte Scheinwertblasen in Billionenhöhe möglich gemacht hat. „*Fehlentscheidungen in der Vergangenheit*“, wie es weiter in dem Papier heißt, sind in der Tat gemacht worden – und zwar mit den ganzen Dogmen der neoliberalen Ideologie, die nicht nur in Deutschland sondern EU-weit und das seit mehr als drei Jahrzehnten umgesetzt wurden.

Erinnern wir uns doch mal ein wenig zurück auf das Jahr 1982. Hier hat es mit der damals neugewählten Kohl-Regierung aus CDU und FDP eine sogenannte „geistig-moralische“, in Wahrheit wirtschafts- und sozialpolitische Wende gegeben. Und schon damals bis zum heutigen Tag konnte man die neoliberalen Mantras von den Politikern vernehmen: „*Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, wir müssen die Schulden abbauen und sparen, wir müssen mehr Anreize (sprich Kürzungen) zur Aufnahme von Arbeit schaffen, die Unternehmenssteuern und Arbeitskosten müssen gesenkt werden, damit Arbeitsplätze entstehen, staatliche Aufgaben müssen privatisiert werden, Deutschland muß endlich international wettbewerbsfähig werden*“... u.s.w., u.s.f. Spätestens also seit 1982 bekommen wir immer die gleichen Rezepte verordnet (übrigens egal, von welcher politischen Farbkonstellation). Trotzdem stiegen seit dem die Schulden der öffentlichen Haushalte in inzwischen unermessliche Höhen von rund 1,7 Billionen € (1982 waren es 157 Milliarden, Quelle: Bundesamt für Statistik), stieg die Zahl der Arbeitslosen von damals rund 1 Million auf nun über 4 Millionen (wenn man die Schönrechnungsstricks der Bundesagentur für Arbeit mal wegläßt), hat es Verschlechterungen in allen Bereichen der Versorgung im öffentlichen Leben gegeben, z.B. durch Privatisierungen der Post und Telekom mit

massivem Abbau von Arbeitsplätzen, und hat es somit gleichzeitig eine große Umverteilung von gesellschaftlichem hin zu privatem Vermögen gegeben, von der jedoch nur eine kleine Gruppe in dieser Gesellschaft profitiert. Das alles muß doch jeden, der sich ein wenig zurückerinnert und mit diesen Fakten beschäftigt, mehr als stutzig ob der Wirksamkeit der neoliberalen Rezepte machen.

Staatsschulden der Euro-Länder 2010

Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Prognose)



Quelle: EU-Kommission

Kaum ein Mitglied der europäischen Gemeinschaft hält die selbstauferlegte Schuldenobergrenze von 60% des Bruttoinlandsproduktes (BIP)/Anno ein – auch die Wirtschaftsriesen Deutschland und Frankreich schaffen dies schon seit Jahren nicht mehr. Dennoch behauptet die Bundesregierung, spätestens ab 2013 die sogenannte Maastrichtgrenze wieder einhalten zu können. Und um das zu erreichen, sollen nun vor allem diejenigen die Lasten tragen, die ohnehin schon wenig bis nichts besitzen und zudem noch keinerlei Schuld an der Verschlechterung der finanziellen Situation des Staatshaushaltes z.B. durch den 2009 notwendig gewordenen Bankenrettungsschirm in Höhe von über 500 Mrd. € haben. Zwischen 2011 und 2014 will die Bundesregierung insgesamt 80 Mrd. € einsparen – die Leistungsempfänger sollen nach dem Vorhaben der Regierung hierzu mit insgesamt 27 Mrd. € beitragen, während z.B. die

großen Energieunternehmen (siehe weiter unten) nur mit 9,2 Mrd. € zur Kasse gebeten werden sollen. So etwas nennt man in Regierungskreisen ausgewogen!

Mit der neu aufgenommenen sogenannten Schuldenbremse im Artikel 115 des Grundgesetzes, die man 2009 eingeführt hat, verpflichtet sich jede künftige Bundesregierung de facto zur Reduzierung der Kreditneuaufnahme und somit auch zum Stopp öffentlicher Investitionen, um Wachstum und somit Beschäftigung gerade in Krisenzeiten in der Binnenkonjunktur anzukurbeln. Genau dies ist im Exportweltmeisterland Deutschland aber nach wie vor das größte Problem: sinkende Nachfrage aufgrund fehlender Kaufkraft im Binnenmarkt. Da auch die anderen EU-Mitgliedstaaten mit ähnlichen Sparprogrammen bei der öffentlichen Beschäftigung, den Sozialleistungen und den Renten und Gehältern auf die finanziellen Schief lagen ihrer Haushalte reagieren, diese aber zugleich die größten Abnehmer des deutschen Exportes sind (60-75% des Außenhandelsüberschusses Deutschlands entsteht innerhalb der EU), wird auch dort die Nachfrage zurückgehen – oder eben wieder durch billige Kredite künstlich angekurbelt. Die nächste Blase und somit der nächste Krisenzyklus entsteht.

Es fehlen dabei stets die Einnahmen durch Einkommens- und Verbrauchssteuern für den Staat. Auf der anderen Seite verzichtet dieser auf die Besteuerung hoher Privatvermögen und verringert zudem noch die Gewinnsteuern für Großunternehmen, wie es z.B. in Deutschland die Entwicklung der Körperschaftssteuer für Aktiengesellschaften und GmbH's zeigt, die von einst 45% in 1998 auf heutige 15% gesenkt wurde. Niemand spricht eigenartigerweise davon, hier wieder korrigierend die Schraube in die andere Richtung zu drehen; denn bei allen Defiziten der Haushalte und Sozialversicherungen gilt: wir haben kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem, welches man auch als Umverteilungsproblem von unten nach oben bezeichnen kann!

Die Finanzierung des Staates scheitert letztlich daran, daß sich nicht mehr alle, die es könnten *ausreichend* daran beteiligen – und sich viele von denen, die sich gar nicht

entziehen wollen, sich nicht mehr beteiligen *können*, weil ihr Einkommen dazu nicht ausreicht und sie statt dessen Leistungen vom Staat beziehen müssen. Wenn der Staat dann in seiner Schieflage mit weiteren Kürzungen auf Seiten der Bedürftigen und zusätzlichen Vergünstigungen für die Habenden reagiert, setzt sich die Abwärtsspirale gesellschaftlicher und staatlicher Handlungsfähigkeit weiter fort – eine gefährliche Entwicklung mit unabsehbaren Folgen. Doch betrachten wir uns nun die einzelnen Punkte des sogenannten Sparpaketes und vor allem auch die Begründungen dazu in der Reihenfolge des von der Bundesregierung herausgegebenen Erläuterungspapiers.

Punkt 1: Vorrang für Bildung und Forschung.

„Bildung und Forschung sind die zentralen Säulen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Gut ausgebildete MitarbeiterInnen bilden das Rückrat in den Betrieben“, heißt es schön formuliert unter Punkt 1 des Papiers. Niemand wird einem solchen Satz widersprechen – allerdings hat er auch den selben inhaltlichen Wert wie die Aussage von Teilnehmerinnen eines Schönheitswettbewerbs, daß sie sich für den Weltfrieden einsetzen wollen. Was neben der Werteschaffung durch menschliche Arbeit sicher richtig und wichtig ist, wird dann jedoch anschließend nur mit Absichtserklärungen und Appellen flankiert. Das *Ziel*, 12 Mrd. € für Forschung und Bildung bis 2013 zusätzlich zur Verfügung zu stellen und die Aufforderung an die Länder, 10% der Haushalte für diesen Bereich auszugeben, werden genannt. Nur befinden sich die Bundesländer leider in der selben Situation, wie der Bund, wobei es manche von ihnen aufgrund ungleich gewachsener Strukturen schon seit Jahrzehnten schwerer haben, als andere. Der Appell an die Länder wird also nichts als ein solcher bleiben. An der breiten Finanzierung von Bildung hat man offensichtlich neben haushaltstechnischen Fakten auch aus politischer Sicht kein wirkliches Interesse. Man buhlt lieber um Eliteuniversitäten und fördert „besonders begabte“ Studenten mit Stipendien, statt die Erhöhung von Bafög für alle umzusetzen, wie man jüngst in einer Entscheidung des Bundesrates (Juli 2010) wieder sehen konnte.

Punkt 2: Subventionsabbau und ökologische Neujustierung

Wenn es nicht inhaltlich so traurig wäre, müßte man bei dem Titel dieses Punktes wirklich in schallendes Gelächter ausbrechen, so sehr widerspricht das Folgende dann dem Anspruch der Überschrift. Subventionen sind dort zunächst das Thema, die man „auf den Prüfstand“ stellen wolle. Vor allem Ausnahmeregelungen der Ökosteuer werden angesprochen, die es zurückzunehmen gelte. Was zunächst zupackend und richtungweisend klingt, erweist sich jedoch nur gültig für kleinere Betriebe. Großunternehmen, die „im internationalen Wettbewerb“ stehen werden von der Rücknahme der Ausnahmen – also von der Beendigung indirekter Subventionen – weiterhin ausgeschlossen. An dieser Stelle funktioniert Lobbyarbeit halt einfach, das muß man eingestehen. Bei der Frage ökologische Neuorientierung besinnt man sich auf Seiten der Bundesregierung zunächst einmal auf Althergebrachtes – nämlich auf die Fortführung der Kernenergie durch längere Laufzeiten der Atommeiler. Dies hat man praktisch im Kontext des Paketes sozusagen durch die Hintertür mit eingebracht; wohlwissend, daß eine Mehrheit der Bevölkerung die Verlängerung der Laufzeiten der AKW's ablehnt. Schmachhaft soll dies dann wieder durch eine neu einzuführende Brennelementesteuer in Höhe von 2,3 Mrd. €/ Jahr gemacht werden – sozusagen als Anteil der Energieindustrie am Lastentragen. Man legt ja schließlich Wert darauf zu betonen, daß es ein ausgewogenes Paket sei.

Allerdings spielen die vier großen Konzerne Eon, Vattenfall, RWE und SNE nicht so recht mit, denn sie drohen bereits mit einer Klage gegen die neue Steuer, weil ja im Atomausstiegsvertrag, den sie 2000 mit der damaligen rotgrünen Bundesregierung abgeschlossen haben, genau dies ausgeschlossen wurde. Sich auf diesen Vertrag zu beziehen, den sie an anderer Stelle aber gerade durch die Forderung nach Laufzeitverlängerungen und gar Neubauten von Atomkraftwerken selber außer Kraft setzen, ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten. Zudem würden sie mit verlängerten Laufzeiten ihrer bereits wirtschaftlich abgeschriebenen Meiler das Zehnfache an Gewinnen dessen machen, was eine Brennelementesteuer für sie ausmachte. Inzwischen gab es aufgrund der Klageandrohung der Energie-

unternehmen sogar schon die Überlegung, längere Laufzeiten zu versteigern, d.h. die Sicherheit der Menschen, die ohnehin schon hinter den Profitinteressen der Unternehmen anstehen muß, würde regelrecht an den Meistbietenden verschachert werden – demnächst dürfen Eon & Co. sich noch bei Günther Jauch auf den Stuhl setzen und längere Laufzeiten bei „**Wer wird Profitmilliardär?**“ gewinnen.

Die Begründung der Bundesregierung, die Kernenergie wäre derzeit zur Erreichung der Klimaziele und zur Reduzierung des CO²-Ausstoßes leider noch unverzichtbar, widerspricht im Übrigen einer Untersuchung des von ihr selbst eingesetzten Sachverständigenrates Umwelt (SRU), der im Mai 2010 in seiner Stellungnahme „**100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050: klimaverträglich, sicher, bezahlbar**“ die Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie in verschiedenen Szenarien untersucht hat und zu dem Schluß kam, daß es keiner Laufzeitverlängerung bedarf und die Atomkraft vollständig bis 2020 durch erneuerbare Energien ersetzt werden kann – wenn denn die notwendigen Investitionen getätigt werden.

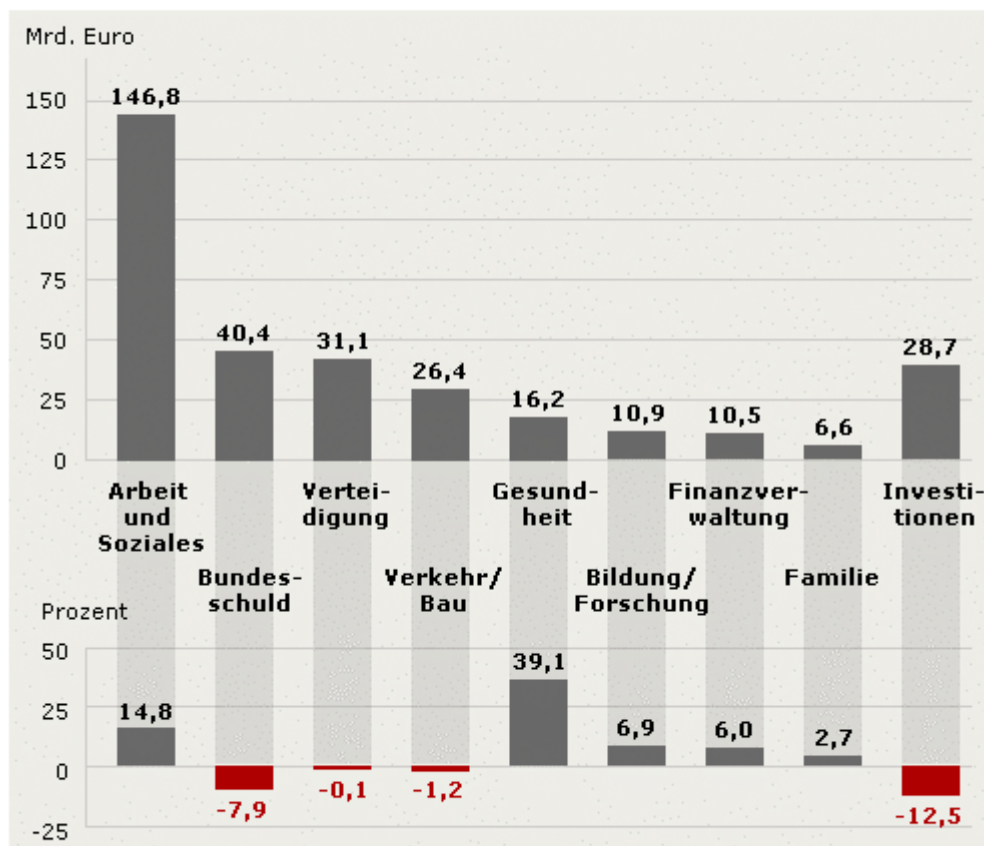
Punkt 3: Stärkung von Beschäftigungsanreizen und Neujustierung von Sozialleistungen

„*Im laufenden Jahr machen die Sozialausgaben mehr als die Hälfte der veranschlagten Bundesausgaben aus*“. Mit diesem Satz begründet man auf Seiten der Bundesregierung einleitend den dicksten Brocken der „Einsparungen“, nämlich den im Sozialbereich. Gemeint sind hier die rund 150 Mrd. €, welche der Bund für das Ressort Arbeit und Soziales ausgibt. „*Dies würde deutlich machen*“, so das Papier, daß „*die nachhaltige Rückführung des staatlichen Defizits nur gelingen kann, wenn auch dieser Bereich einen zielgerichteten und fairen Beitrag leistet*“ (...). So weit, so schlecht. Betrachten wir diese Argumentation einmal näher. Die gesamte Höhe der Sozialleistungen wird hier zunächst genannt, ohne diese genauer zu bezeichnen und entsprechend zu differenzieren. Die Absicht, die dahinter steckt, ist klar. Es wird suggeriert, daß über die Hälfte des Bundeshaushaltes für die Bezieher von Sozialleistungen – man denkt da automatisch an Arbeitslosengeld – ausgege-

ben wird. Dies ist eindeutig zu viel, also muß man das kürzen, jeder kann das nachvollziehen. Zudem muß man die Arbeitslosen wieder zur Aufnahme von Arbeit zwingen, weil die das doch freiwillig gar nicht wollen. Dieses Bild wird schon in der Überschrift des Punktes mit „Beschäftigungsanreizen“ hintergründig vorgeworfen.

Entwurf für den Bundeshaushalt 2010

Die größten Einzelposts in Mrd. Euro und Veränderung gegenüber 2009 in Prozent



Quelle: MDR.DE

In Wahrheit macht die Unterstützung der Arbeitslosen – hier also das Arbeitslosengeld I und II – nur einen kleinen Teil des Sozialtats aus. Über 80 Mrd. € sind Rentenleistungen und z.B. auch entsprechende Zuschüsse für anerkannte Anwartschaften aus der ehemaligen DDR. Ein anderer Teil sind Zuschüsse für die Bundesagentur für Arbeit, die für Qualifizierungsmaßnahmen, Kurzarbeit, Umschulungen etc. gezahlt werden. Die Leistungen aus den sogenannten Hartz-

Gesetzen machen insgesamt etwa 40 Mrd. € aus – also rund 1/8tel des Gesamt-
etats. Eine solche Zahl kann man jedoch nicht so gut für die Akzeptanz von Lei-
stungskürzungen verwenden, deshalb die pauschale Darstellung der Soziallei-
stungen. Übrigens beziehen rund 1,3 Millionen Menschen **in Beschäftigung** eben-
falls ALG II (oder Hartz IV), weil ihr Entgelt nicht zum Leben ausreicht.

Im zweiten Absatz des Punktes 3 wird nun losgelegt. Durch die befristeten Zu-
schläge zum ALG II, welches Empfänger für längstens 24 Monate bekamen, die
erstmalig arbeitslos geworden waren, wären falsche Anreize gesetzt worden, so
die Erläuterung der Bundesregierung. Gemeint ist damit offensichtlich die so
häufig erwähnte „soziale Hängematte“, in die man sich legt, wenn man keine
Lust mehr zum Arbeiten hat. Deshalb müßten diese Zuschläge künftig entfallen
und zudem sogenannte Pflicht- in Ermessensleistungen der Arbeitsagenturen
gewandelt werden, um „gezielter fördern“ zu können. Das soll übersetzt heißen:
nur wer sich als Betroffener entsprechend untertänig verhält und jede noch so
schlecht bezahlte Arbeit zu jeder Bedingung annimmt, wird künftig noch mit Zu-
satzleistungen rechnen können. Es gehe schließlich darum, „die Anreize zur Auf-
nahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu stärken“ – als ob das an
dem Willen der Arbeitslosen scheitern würde und nicht eher an der Tatsache, daß
es diese Jobs nicht in ausreichender Zahl gibt.

Weiter geht es mit dem so vielgelobten Prestigeprojekt Elterngeld, welches man
ab einem anzurechnenden Einkommen von 1240 € prozentual von 67 auf 65% der
Einkünfte absenkt. Gleichzeitig bleibt jedoch der Höchstbetrag von 1800 € für die
Bezieher höherer Einkommen bestehen. Für die Empfänger von Arbeitslosengeld
wird der monatliche Betrag von 300 € allerdings ersatzlos gestrichen, da „*der
Grundbedarf durch die Regelsätze und die Zusatzleistungen gesichert*“ sei. Daher sei es
„*vertretbar, zukünftig kein Elterngeld mehr für die Bezieher von Arbeitslosengeld II vor-
zusehen*“. Dieser Satz und die Absicht dahinter sind meiner Meinung nach an Zy-
nismus und Menschenverachtung kaum noch zu überbieten. Während also die
Bezieher hoher Einkommen weiterhin von einem Brückenentgelt während der El-

ternzeit profitieren, entzieht man dieses den vielfach alleinerziehenden Empfängern von Arbeitslosengeld und straft damit zudem auch noch die Gruppe der Kinder, die ohnehin an der Armutsgrenze leben und somit noch schlechtere Chancen für ihr Leben, ihre Bildung und Ausbildung bekommen. Das alles wird mit dem Argument begründet, die Regelsätze würden ausreichen – aber genau dies hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Februar 2010 mit dem Hinweis gerügt, daß die Regelsätze für Kinder nicht einfach von denen erwachsener Leistungsempfänger abgeleitet werden dürften und die Bundesregierung bis Ende 2010 eine neue Berechnungsformel dazu zu erstellen hat. Im Juli dieses Jahres wurden zusätzliche Pläne des Familienressorts unter der Ministerin Kristina Schröder bekannt, nach denen auch die Bezieher niedriger Einkommen wie z.B. die sogenannten Minijobber mit Kürzungen des Elterngeldes bedacht werden sollten. Hier zeigt sich die ganze Heuchelei der Argumentation der Bundesregierung, denn die Bezieher von Niedrigeinkommen sind ja diejenigen, die keinen „Anreiz“ zur Aufnahme von Arbeit mehr benötigen. Und dennoch plante man auch hier Kürzungen, während man dann in schönen Sonntagsreden wieder die Kinderarmut in Deutschland beklagt.

Ein weiteres Argument ist das sogenannte Lohnabstandsgebot – also der Anspruch, daß doch Arbeitslosengeld grundsätzlich immer niedriger sein soll, als Einkommen aus Beschäftigung. Daß dies in der Regel auch immer der Fall ist, bestätigt eine Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes mit dem Titel *„Damit Arbeit sich lohnt“* (Paritätischer Gesamtverband, März 2010), die sich mit dem Abstand von Leistungen nach dem SGB II und Erwerbseinkommen auseinandersetzt. Demnach erhalten Erwerbstätige der unteren Lohngruppen allein durch Zusatzleistungen wie Wohngeld, Kindergeld und Kinderzuschlägen (ALG II-Empfänger erhalten diese Leistungen nicht) grundsätzlich höhere Gesamteinkommen von durchschnittlich über 300 €, so daß es sich eigentlich immer lohnt, Arbeit aufzunehmen – wenn diese denn ausreichend vorhanden wäre. Die Tatsache, daß es Jobs gibt, die trotz Vollzeit so schlecht bezahlt sind, daß man auf zusätzliche Leistungen angewiesen ist, ist der eigentliche Skandal. Wenn sich die

Bundesregierung endlich dazu entschließen würde, einen allgemeinen Mindestlohn in Deutschland einzuführen, der Dumpingentgelte verbietet, wären wir schon einen Schritt weiter!

Doch das „Streichkonzert“ auf Seiten der Arbeitslosengeldempfänger ist noch nicht vorbei. Auch der Rentenbeitragssatz für sie wird gestrichen, so daß die Langzeitarbeitslosen keinerlei Anwartschaften für die Rente erwirken können und so Zeit ihres Lebens auf Leistungen aus dem SGB II angewiesen bleiben – die übrigens aus Steuermitteln zugeschossen werden, so daß in Wahrheit keinerlei Ersparnis für den Haushalt eintritt. Zusätzlich versagt man noch der Gruppe der Wohngeldempfänger (Niedriglöhner) den Heizkostenzuschuß, weil sich die Energiekosten angeblich wieder von einem „*historisch hohen Stand*“ auf ein „*normales Niveau*“ abgesenkt hätten. Jeder normale Energieverbraucher wird sich angesichts dieser Erkenntnis der Bundesregierung verwundert die Augen reiben.

Dies also versteht man bei Schwarzgelb als „fairen“ Beitrag des Sozialbereiches. Und während wie gesagt die Energiekonzerne gegen ihren Beitrag zu klagen gedenken, wo sie doch bei einer Laufzeitverlängerung ihrer Atomkraftwerke mit satten zusätzlichen Gewinnen rechnen können, haben die Menschen der unteren sozialen Schicht kaum Möglichkeiten, gegen ihre Kürzungen vorzugehen. Kritiker des Sparpaketes beklagen übrigens immer, daß man nun vor allem bei denjenigen streicht, die keine Lobby hätten. Darauf möchte ich am Schluß des Textes noch einmal zurückkommen.

Punkt 4: Anpassungen der Bundeswehr an neue Anforderungen

Hier geht es um die Fortsetzung der Umstrukturierung der Bundeswehr von der einstigen Verteidigungs- hin zu einer Interventionsarmee, um die deutschen und europäischen Handelswege und Wirtschaftsinteressen zu sichern, wie es der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler sehr richtig formuliert hat; auch wenn er dafür heftig kritisiert wurde. Ich spare mir an dieser Stelle eine tiefere Auseinandersetzung mit diesem Thema, weil es den Rahmen sprengen würde. Nur der

Hinweis sei mir noch gestattet, daß eine sofortige Einstellung des unseligen Einsatzes in Afghanistan neben den Leben, die gerettet werden könnten, auch ein wirklich hohes und notwendiges Einsparpotential bedeuten würde. Als Pazifist würde ich sogar noch weiter gehen und behaupten, die 31 Mrd. € des sogenannten Verteidigungsetats könnten wir uns ganz sparen. Aber es geht ja um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Freiheit Deutschlands, die am Hindukusch verteidigt werden muß – Begründungen für Krieg und Elend, das er verursacht, werden den Politikern niemals ausgehen!

Punkt 5: Einsparungen in disponiblen Bereichen und Effizienzsteigerung in der Verwaltung

Dieser Punkt dreht sich in erster Linie um einen Beitrag der Bundesbeamten und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die Ausgaben des Bundes sollen pauschal über alle Ministerien um 4 Mrd. €/ Jahr reduziert werden. Der Verzicht der Erhöhung des Weihnachtsgeldes soll hier mit der Absenkung der Bezüge um effektiv 2,5% zu Buche schlagen. Wer nun denkt, das sei richtig so, sollen die doch endlich auch mal verzichten, diese Beamten mit ihrem sicheren Job auf Lebenszeit, dem sei an dieser Stelle gesagt, daß auch die Absenkung der Gehälter und Pensionen ein Absinken der Kaufkraft und somit des Wirtschaftswachstums zur Folge hat. Ebenso negativ wird sich die Einsparung von 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst bis 2014 auswirken, denn dies sind 10.000 sozialversicherungspflichtige Jobs, die nicht mehr besetzt werden, für die keine Auszubildenden mehr nachrücken und die letztlich eine Verschlechterung der öffentlichen Versorgung und Dienstleistung für die Allgemeinheit bedeuten. Die „*demographische Entwicklung*“ wird als Argumentation mal wieder hervorgeholt, an die sich „*angepaßt werden*“ müsse. Als ob plötzlich menschenleere Regionen in Deutschland existierten, in denen nur noch wenige Rentner ohne Verwaltungsbedarf leben würden.

Die Punkte 6 und 7, **Stärkung der Autonomie der Bundesagentur für Arbeit und Verantwortung für Kommunen** beinhalten hauptsächlich wenig konkrete Ab-

sichtserklärungen, wie diese beiden Bereiche künftig finanziert werden sollen. Dennoch ist auch hier genügend Sprengstoff vorhanden, was die gesellschaftlichen Auswirkungen angeht. Bei der Agentur für Arbeit ist vorgesehen, daß sie künftig ohne Zuschußmittel auskommen soll und eventuell im Bedarfsfall Kredite aufnehmen kann. Dies wird sich natürlich insgesamt auf die Leistungen negativ auswirken – deshalb auch die Wandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen; also noch höherer Druck auf die Leistungsempfänger, jede Arbeit anzunehmen, womit der Sektor der Billigstarbeit zu Lasten von regulärer Beschäftigung weiter ausgebaut wird.

Die Kommunalfinanzen befinden sich aufgrund der bereits beschriebenen Steuer- und Wirtschaftspolitik in bekannt schlechtem Zustand. Hier „*bekannt sich die Bundesregierung zu ihrem Teil der gesamtstaatlichen Verantwortung*“ und setzt zunächst auf eine sogenannte Gemeindefinanzkommission, welcher Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vorsitzt. Eine der Arbeitsgruppen dieser Kommission setzt sich z.B. mit den Einnahmen durch die Gewerbesteuer auseinander und berät über alternative Modelle. Es bleibt dabei fraglich, ob so ein alternatives Modell die Steuer wieder dermaßen umkehrt, daß große Unternehmen nicht die (auf dem Papier stehenden) Verluste anderer Standorte mit der Gewerbesteuer verrechnen dürfen und entweder gar keine Steuern zahlen, oder gar Rückzahlungen von den Kommunen erhalten. Eine weitere Arbeitsgruppe mit der Bezeichnung „Standards“ befaßt sich mit der Ausgabenseite und nennt „*Modifikation, Flexibilisierung und Regionalisierung*“ von öffentlichen Aufgaben ihr Fachgebiet – lassen wir uns überraschen, was damit gemeint ist.

Punkt 8: Angemessene Haftung der Finanzmarktbranche

Sie ahnen es wahrscheinlich schon bei der Überschrift, liebe Leserinnen und Leser, dieser Punkt stammt wieder aus der Rubrik Erheiterndes. „*Um Finanzmarktkrisen zukünftig zu vermeiden, müssen grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – Haftung und Verantwortung – wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestimmen*“ (...), heißt es einleitend im Punkt 8. Ähnliches ist übrigens auch

schon 2008 und 2009 mit dem Auftreten der Krise in den deutschen und europäischen Arbeitsmarkt so geäußert worden – faktisch umgesetzt wurde davon jedoch nichts. Die ominösen „Finanzmarktakteure“ handeln schließlich nicht nach eigenen Moralvorstellungen oder einem wie auch immer gearteten Ganoventkodex, sondern so, wie es die Gesetze zulassen. Und deren Rahmen wurde durch Deregulierung immer weiter vergrößert – die angeblich ausgleichenden Kräfte des Marktes werden weiterhin idealisiert und hochgehalten. Diese Krise ist systembedingt und hat nichts mit den Prinzipien einer sogenannten „Sozialen Marktwirtschaft“ zu tun; schon gar nicht läßt sie sich damit bekämpfen.

Doch nun zurück zum „Anteil“ des Finanzmarktes an dem Sparpaket. Leider kann man den getrost als null und nichtig bezeichnen, denn besagter Finanzmarkt und seine „Akteure“ beteiligen sich überhaupt nicht an der Gesundung der Staatsfinanzen. Zwar sei die *„Finanzmarktbranche angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen“*, wie es lapidar im ersten Absatz des 8. Punktes in dem Erläuterungspapier heißt. Vorsorge vor erneuten Krisen solle eine Bankenabgabe schaffen. Diese beläuft sich jedoch nur auf rund 2-3 Mrd. € /Jahr und fließt in einen sogenannten Bankenrettungsfonds, der angesichts des Bedarfes, wie er im vergangenen Jahr bestand, um die Banken vor dem eigens verursachten Untergang zu retten, bereits nach rund **250 Jahren** schon wieder für die nächste Krise gefüllt sein dürfte. Wer dieser Tage durch das Frankfurter Bankenviertel geht, wird lautes Gelächter aus den Vorstandsetagen schallen hören, denn solche Beträge werden sicher aus der Portokasse bezahlt. Zudem fließt das Geld wie gesagt nicht zur Entlastung in den Staatshaushalt, sondern in einen Fonds, den die Banken wieder selbst nutzen.

Weitere Kostenbeteiligungen auf europäischer oder internationaler Ebene, wie etwa eine weltweit greifende Finanztransaktions- oder Gewinnsteuer auf Aktienverkäufe hält die Bundesregierung für *„sinnvoll“* und will sie auch zur Diskussion stellen. Dies ist aber bereits beim sogenannten G 20-Gipfel im Juni 2010 vor allem am Votum der USA gescheitert. Alles bleibt also wie es ist und man kann sich

hervorragend hinter solchen Entscheidungen verstecken – man hat ja alles versucht.

Fazit dieses Paketes:

Das sogenannte Sparpaket zur Haushaltskonsolidierung ist ein sozial unausgewogenes, ungerechtes und zudem vollkommen wirkungsloses Machwerk, das lediglich dazu dient, die Empfänger von Sozialleistungen noch mehr unter Druck zu setzen und außerdem den Bereich des öffentlichen Dienstes weiter beschneidet. Die angebliche Ausgeglichenheit, die von der Regierungskoalition vehement behauptet wird, ist bei näherer Betrachtung an keiner Stelle ersichtlich. Den größten Teil der Streichung tragen die Bezieher von Arbeitslosengeld, während Banken, Versicherungen und z.B. die großen Energiekonzerne nur mit Pseudobeteiligungen „belastet“ werden. Selbst CDU-nahe Arbeitgeberverbände, wie Gesamtmetall kritisieren die fehlende Ausgeglichenheit und regen zumindest die Erhöhung des Spitzensteuersatzes an, obwohl das natürlich bei Weitem nicht ausreichen würde.

Die Frage stellt sich nun, wie wir als Gesellschaft insgesamt damit umgehen? Dieses Paket ist ein weiterer massiver Einschnitt in den Sozialstaat und demontiert unsere durch die Verfassung verbrieften Rechte auf eine demokratische und soziale Gesellschaft. Die Handlungsfähigkeit für die Allgemeinheit zu Gunsten einer kleinen, wohlhabenden Minderheit immer weiter einzuschränken, auf sogenannte Eigenverantwortung statt auf Solidarität zu setzen und den regulären Arbeitsmarkt durch Billigarbeitsplätze und deren Förderung zu zersetzen, hat nichts mehr mit Demokratie und Sozialstaatlichkeit zu tun. Sehr richtig weist deshalb Berthold Huber, der erste Vorsitzende der IG Metall in seinem Buch „Kurswechsel für Deutschland“ darauf hin, daß wir ein Umdenken in der Wirtschaft weg vom Finanzmarktkapitalismus, wieder hin zu sozialen Prinzipien benötigen. Hubers Aussage nach haben die sogenannten Reformen der vergangenen Jahre die Gesellschaft zerstört und die Finanzkrise die Wirtschaft verwüstet. Das vorlie-

gende „Spar“ paket zählt meiner Meinung nach ebenso zu den Dingen, die eine Gesellschaft zerstören, weil es spaltet und die Kluft zwischen Arm und Reich in diesem Land noch vergrößert.

Die Hauptlasten werden übrigens nicht nur bei den Ärmsten verbleiben, denn erstens wird dies nicht das letzte Paket solcher Art bleiben und zweitens wird sich der weitere Rückgang der Kaufkraft auf jedes nicht exportorientierte Gewerbe auswirken, weitere Arbeitsplätze kosten und den Haushalt deshalb zusätzlich belasten.

Was ist zu tun?

Die bereits oben angesprochene Situation der fehlenden Lobby der Arbeitslosen darf meiner Meinung nach nicht mehr so fortbestehen. Die Gewerkschaften müssen und sollen diese Lobby sein, denn schließlich handelt es sich bei den Arbeitslosen um Kolleginnen und Kollegen, denen lediglich das Recht auf vernünftige, auskömmliche Arbeit entzogen wird. Der DGB muß angesichts dieser schreienden Ungerechtigkeit des Sparpaketes und weiterer Maßnahmen der Bundesregierung endlich scharf reagieren – und zwar mit Massenprotesten in Eskalationsstufen, die auch ausdrücklich – ja, ich spreche es an – Arbeitskampfmaßnahmen beinhalten. Meiner Ansicht nach stehen der soziale Friede und die Demokratie auf dem Spiel, sie sind gefährdet, wie es schon lange nicht mehr in Deutschland der Fall gewesen ist. Wenn sich die Gesellschaft – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, Rentner, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen, Bürgerinitiativen, Mittelstandsvereinigungen u.a. nicht endlich **gemeinsam** gegen eine solche Politik erheben, dann wird sich die Situation in diesem Land fortwährend verschlimmern.

Die jüngste Gesundheitsreform ist ein Beispiel dafür, wie die Politik der Verschlechterungen und sozialen Mißstände fortgesetzt wird. Höhere Beiträge, Zahlungen und Zusatzbeiträge nur für die Versicherten (von Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann ohnehin keine Rede mehr sein) – das ist das

Ergebnis des „Mehr Netto vom Brutto“ Parteienkonsortiums. Wer diesen Kappes wirklich ernsthaft geglaubt hat und als Normalverdiener und Arbeitnehmer diesen Parteien seine Stimme gegeben hat, weiß nun, was der Spruch mit den dümmsten Kälbern, die ihren Schlachter selbst wählen, bedeutet. Anstatt neolibérale oder neokonservative Ideologien fortzusetzen und diese Gesellschaft zu zerstören, brauchen wir endlich Alternativen. Deutschland und auch die EU dürfen sich nicht weiter kaputt sparen, sondern müssen sich gesund investieren. Wir benötigen:

- **Investitionen in Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und öffentlichen Dienst, um wieder Arbeitsplätze in diesen Sektoren zu schaffen.**
- **Investitionen in einen wirklichen ökologischen Umbau mit erneuerbaren Energieformen.**
- **Mindestlöhne für alle Branchen.**
- **Die Rückführung staatlicher Aufgaben aus privater Hand in öffentliches Eigentum.**
- **Die Regulierung prekärer Beschäftigung, die Begrenzung von Leiharbeit und die Rückführung von Billigarbeitsplätzen hin zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit anständigen Entgelten.**
- **Eine Erhöhung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes, von der man wirklich würdevoll leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.**
- **Investitionen in Bildung und Ausbildung – notfalls unter Einbeziehung einer Ausbildungsumlage für die Betriebe.**
- **Eine wirkliche Beteiligung des Finanzmarktes an den Folgekosten der Krise und zudem Regulierungen und vernünftige Kontrollen der Finanzgeschäfte.**
- **Die Beteiligung aller Schichten der Gesellschaft an der Finanzierung des Staates. Deshalb: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, Wiederanhebung von Unternehmenssteuern (Körperschaftsteuer), Erbschaftsteuer für hohe Erbschaften.**

Das wäre ein wirkliches Paket für die Sicherung der Zukunft, solide Finanzen und Wachstum und Beschäftigung. Um das zu erreichen benötigen wir jedoch

auch ein gesellschaftliches Umdenken und die Bereitschaft vieler Menschen, dafür auch einzustehen. Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist für viele ein Begriff mit positiver Bedeutung. Trotzdem ist auch dieser Begriff nur ein Teil der Politik, wie sie seit drei Jahrzehnten umgesetzt wird. Er beinhaltet die Marktwirtschaft als Hauptbestandteil und hängt das Soziale sozusagen als Adjektiv an diesen Begriff. Doch Markt ist nicht sozial, wenn es in erster Linie nur um Profitmaximierung und Ökonomisierung aller Bereiche des täglichen Lebens geht, der sich alles unterzuordnen hat. Vielmehr muß die Wirtschaft endlich demokratisiert werden, wie Hartmut Meine, der IG Metall Bezirksleiter von Niedersachsen – Sachsen Anhalt es in seinem Konzept beschreibt, in dem er die alte gewerkschaftliche Forderung nach Wirtschaftsdemokratie wieder erneuert. Grundsätze dieses Konzeptes sind z.B. in den Betrieben eine deutlich ausgebauten Mitbestimmung und eine wirkliche Beteiligung und Teilhabe der Beschäftigten. Aber auch darüber hinaus müssen wir uns als Gesellschaft beteiligen und unser Zusammenleben wieder sozial gestalten, niemanden ausgrenzen und vor allem wirklich jedem die Chance geben, sein Leben meistern zu können, einen sicheren Arbeitsplatz und ein Einkommen zu haben, mit dem man seinen Lebensunterhalt bestreiten kann – Geld dafür ist mehr als ausreichend vorhanden und Werte werden bei uns noch immer täglich mehr als genügend geschaffen – sie müssen nur anders verteilt werden.

Dafür, liebe Leserinnen und Leser, lohnt es sich auch, auf die Straße zu gehen und gegen unsoziale Sparpakete zu demonstrieren – es müssen sich nur genügend Menschen daran beteiligen, damit die Politiker Sorge um ihre Wiederwahl bekommen. Dies ist ein Aufruf an alle, sich mit einzubringen!